

Antrag

der Abgeordneten Angelika Graf (Rosenheim), Ulla Burchardt, Kerstin Griese, Helga Kühn-Mengel, Lothar Mark, Heide Mattischeck, Wilhelm Schmidt (Salzgitter) Wieland Sorge, Hanna Wolf (München), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD, sowie der Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk, Rita Grießhaber, Dr. Angelika Köster-Loßack, Christa Nickels, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sowie der Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Ina Lenke, Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP sowie der Abgeordneten Petra Bläss, Wolfgang Gehrcke, Carsten Hübner, Dr. Heidi Knake-Werner, Roland Claus und der Fraktion der PDS

Teilnahme von Frauen am Friedensprozess in Afghanistan

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Frauen und Mädchen haben besonders stark unter den mehr als zwanzig Jahren Krieg und Bürgerkrieg sowie der unmenschlichen Herrschaft des Taliban-Regimes gelitten. In der gegenwärtigen politischen Umbruchphase müssen deshalb bereits jetzt die notwendigen Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer Menschenrechte ausgehandelt und in die Wege geleitet werden.

Eine stabile Friedensordnung für Afghanistan wird es nur dann geben, wenn Frauen von Anfang an den Friedensprozess aktiv mitgestalten und ihre Interessen vertreten können, wie dies in der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 (2000) gefordert wird. Darin wird die Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung gewürdigt.

Die Tatsache, dass Frauen die Bevölkerungsmehrheit in Afghanistan stellen, muss sich in politischer Partizipation und bei der Vergabe von Wiederaufbaumitteln niederschlagen. Nur so ist gewährleistet, dass Projekte gefördert werden, die insbesondere Frauen und Mädchen zugute kommen, z. B. in der schulischen und beruflichen Bildung, im Bereich einkommenschaffender Maßnahmen und in der medizinischen Versorgung.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Petersberger VN-Konferenz zur Zukunft Afghanistans eine erste Verhandlungsrunde zu einer dauerhaften Friedens- und Sicherheitsstruktur in Afghanistan eingeleitet hat. Dieser Prozess muss nun gemeinsam von afghanischen Frauen und Männern weitergeführt werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- auf die Vereinten Nationen einzuwirken, auf der Grundlage der VN-Resolution 1325 die Beteiligung afghanischer Frauen an den Verhandlungen zum Friedensprozess und zum demokratischen Aufbau des Landes sicherzustellen;
- in der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass der EU-Afghanistan-Beauftragte sich für die Durchsetzung von Frauenrechten und Fraueninteressen einsetzt;
- sich dafür einzusetzen, dass die Zugangsbarrieren für Mädchen und Frauen zu Bildung, medizinischer Versorgung und Erwerbsarbeit sofort aufgehoben werden;
- darauf zu achten, dass finanzielle Mittel insbesondere Projekten und Programmen zugute kommen, die Frauen und Mädchen fördern, um die systematische Benachteiligung und Unterdrückung in den letzten Jahren auszugleichen, und dabei die ganze Bandbreite der bilateralen und multilateralen Finanzierungsinstrumente zu berücksichtigen. Die deutsche Botschaft in Kabul soll hierbei zusammen mit den Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf bilateraler Ebene sowie bei der multilateralen Koordinierung vor Ort eine aktive Rolle übernehmen;
- darauf hinzuwirken, dass bei der Wiederaufbaukonferenz im Januar 2002 in Tokio frauenspezifische Wirtschaftsförderungskonzepte beschlossen und finanzielle Förderzusagen an deren Umsetzung gebunden werden;
- in Deutschland lebende Exilafghanen, die sich am Wiederaufbau ihres Heimatlandes beteiligen wollen, insbesondere Frauen, in angemessener Weise z. B. durch ihre Einbeziehung in entsprechende Projekte zu fördern und zu unterstützen;
- zu prüfen, wie afghanische Frauenorganisationen in ihrer politischen und gesellschaftlichen Arbeit unterstützt werden können.

Berlin, den 12. Dezember 2001

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion
Roland Claus und Fraktion